

Explicationsleistung der Sozialgeschichte werden dabei nicht immer deutlich. Nichtsdestoweniger überzeugt die Erzählung durch Engagement, Präzision und flüssigen Stil, wobei man über einzelne Wertungen angesichts ihrer letztlich politischen Imprägnierung wohl weiter streiten können.

Am Ende des Vorworts bedankt sich Ursula Büttner bei Wolfgang Benz, der „die Veröffentlichung durch seine Überzeugungskraft entscheidend gefördert“ habe, wofür sich dieser wiederum auf dem vom Verlag gestalteten Schutzumschlag mit der Bemerkung revanchiert, es handele sich um eine „für lange Zeit uneinholbare Darstellung der Weimarer Republik“. Aus stärker kulturhistorischer Perspektive drängt sich bei dieser Formulierung die Frage auf, ob Büttners Gesamtdarstellung nicht vielleicht überholt werden kann, ohne sie einzuholen. Dazu müssten die neueren Ansätze der Weimar-Forschung zu einer integrierten Deutung verbunden werden. Vielleicht sind die Arbeiten, die in den letzten zwanzig Jahren die Verhaltensweisen, Aneignungs- und Deutungsleistungen der historischen Akteure gegen die Dominanz der sozialhistorischen Betrachtung in den Mittelpunkt gestellt haben, allerdings zu heterogen, als dass sie in einer Geschichte auf ein paar hundert Seiten zusammengeführt werden könnten. Eine solche neue Geschichte der Weimarer Republik bleibt jedenfalls noch zu schreiben. Über ihre politische Sozialgeschichte hingegen informiert Ursula Büttner umfassend und kompetent.

Rüdiger Graf

### Alltagsprobleme einer revolutionären Partei: Eine Sozialgeschichte der Weimarer KPD und ihrer Mitglieder

*Ulrich Eumann: Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main etc.: Peter Lang. Europäischer Verlag der Wissenschaften 2007, 379 S., 59,70 €.*

Die Forschung zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) war lange Zeit von einem entscheidenden Mangel geprägt: Die in erster Linie politikgeschichtlichen, z. T. in hohem Maße ideologisch gefärbten Arbeiten gründeten sich durchweg auf der Annahme, die Parteiführung habe ihre Beschlüsse ohne Widerstände in der willfähigen Basis verankern können. Dass es bereits auf der Ebene der Funktionäre Reibungsverluste geben konnte und die „Parteisoldaten“ der KPD somit „einen möglichen Störfaktor in der Kommunikation zwischen Partei und Bevölkerung“<sup>8</sup> darstellten, war dabei nur ein Teil des Versäumnisses.

Inwieweit das einfache KPD-Mitglied in der Weimarer Zeit nicht nur ein willkommenes und wehrloses Objekt der Durchherrschung „von oben“, sondern ein ernst zu nehmender

8 Till Kössler: Vom Soldaten zum Manager. Kommunistische Funktionäre nach 1945, in: ders./Helke Stadtland (Hg.): Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933, Essen: Klartext Verlag 2004, S. 179–201, hier S. 181 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A, Darstellungen; Bd. 30).

Faktor bei der Umsetzung von Entscheidungen in die Alltagspraxis der Partei ist, wurde erst Mitte der 1990er Jahre erkannt. In diesem Zusammenhang ist die Habilitationsschrift „Milieu und Avantgarde“ von Klaus-Michael Mallmann,<sup>9</sup> die einen Paradigmenwechsel in der Kommunismusforschung einleitete, als erste sozialgeschichtliche Studie zum deutschen Kommunismus im engeren Sinne anzusehen.

Die Untersuchung von Ulrich Eumann, die aus einer Kölner Dissertation hervorgeht, schreitet auf dem von Mallmann bereiteten, in erster Linie auf das Saargebiet bezogenen Forschungsfeld voran. Um ein differenziertes Bild der Alltagspraxis der Weimarer KPD und ihrer Mitglieder zu gewinnen, nimmt Eumann fünf verschiedene Regionalorganisationen (Bezirke) der Partei in Berlin-Brandenburg, Oberschlesien, Pommern, Westsachsen und im Ruhrgebiet vergleichend in den Blick.

Nach der Darstellung der historischen Rahmenbedingungen (S. 31–42) in den einzelnen Bezirken widmet sich der Verfasser dem Aufbau der Bezirksorganisationen und der Sozialstruktur ihrer Mitglieder (S. 42–86). Dabei werden erstmals die aggregiert vorliegenden Daten der KPD-Mitgliederbefragungen, die so genannten Reichskontrollen der Jahre 1927 und 1928, als Quelle herangezogen. In den folgenden Kapiteln wendet sich Eumann u. a. den Kommunikationswegen zwischen Parteiführung und Basis sowie der symbolischen Integration der Parteimitgliedschaft anhand von Liedgut und Feiern zu (S. 87–255), bevor er abschließend das eigentliche Mitgliederverhalten, d. h. die politische Basistätigkeit in den fünf Bezirken (S. 257–350), untersucht und bewertet. Damit folgt Eumanns Gliederung weitgehend dem aus der Soziologie entlehnten theoretischen Rahmen des „Methodologischen Individualismus“: Ausgehend von vorgefundenen gesellschaftlichen und politischen Strukturen wird individuelles Handeln, hier u. a. anhand der Ergebnisse der Mitgliederbefragungen, erklärt und diese Erklärung wiederum auf die kollektive Ebene, das konkrete Mitgliederverhalten der Basis in den Bezirken, übertragen.

Im Folgenden seien zwei Aspekte der Arbeit hervorgehoben: Was die Sozialstruktur der KPD-Mitglieder in der Weimarer Zeit anbelangt, bestätigt Eumann in einigen Punkten das von der Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegungen umrissene Bild. So präsentierte sich die KPD als recht junge Partei; Ende der 1920er Jahre waren knapp zwei Drittel ihrer Mitglieder zwischen 18 und 40 Jahren alt. Hinsichtlich der Beschäftigungsstruktur war der Bezirk Ruhrgebiet mit einem Industriearbeiter-Anteil von über 80 Prozent „noch etwas ‚proletarischer‘“ (S. 71) als im Gesamtdurchschnitt, der bei etwa 68 Prozent lag.

Wenngleich der Verfasser beinahe enttäuscht feststellt, dass sich „die Parteimitglieder in Berlin, Essen, Stettin, Leipzig oder Gleiwitz sozialstrukturell kaum voneinander [unterschieden]“ hätten (S. 355), fördert Eumanns Regionenvergleich doch eine Reihe interessanter Befunde zutage. So wies der Bezirk Westsachsen mit knapp 75 Prozent den mit Abstand höchsten Anteil an gewerkschaftlich organisierten KPD-Mitgliedern auf, da in dieser Region, der Hochburg der deutschen Arbeiterbewegung, eine entsprechende Milieuentwicklung bereits deutlich früher als im Ruhrgebiet (rund 50 Prozent) oder in Oberschlesien

9 Klaus-Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996.

(knapp 48 Prozent) eingesetzt hatte. In Westsachsen hatte fast ein Drittel der Organisierten bereits vor 1914 einer Gewerkschaft angehört und war mithin „in seinem Organisationsverhalten durch eine Gewerkschaft, und nicht durch die Kommunistische Partei geprägt“ worden (S. 74). Trotz vergleichsweise geringer Mitgliederzahlen und chronischer infrastruktureller Probleme lag im weitläufigen KPD-Bezirk Pommern die gewerkschaftliche Organisationsquote angesichts der Schwäche des Deutschen Landarbeiter-Verbands mit etwa 60 Prozent hinter Berlin-Brandenburg an beachtlicher dritter Stelle.

Wie Eumann in seinem Resümee zu Recht betont, habe sich die KPD, „soziologisch betrachtet, als eine völlig normale Partei“ entpuppt, in der „ein nur schwer zu bändigendes Durcheinander divergierender Interessen und konfliktträchtiger Beziehungen“ (S. 351) zum Tragen gekommen sei. Dies zeigt sich beispielsweise beim Versuch der Parteiführung, ab 1923/24 als Organisationsform an der Basis die von der SPD übernommenen Wohnbezirke abzuschaffen und durch so genannte Betriebszellen zu ersetzen. Die Betriebszellen, deren Aufbau von Walter Ulbricht, Spitzname „Genosse Zelle“, geleitet wurden, sollten die gewerkschaftlichen Funktionen in den Betrieben rasch erobern und insgesamt die revolutionären Ziele der Partei erreichbarer machen.

Diese Pläne stießen jedoch, wie Eumann überzeugend herausarbeitet, bei den meisten Mitgliedern aus mehreren Gründen auf wenig Gegenliebe. Der bestimmende Faktor war in den 1920er Jahren die Furcht, sich im Betrieb angesichts von Rationalisierungsmaßnahmen und Massenentlassungen in der Industrie bei der Herausgabe von Betriebszeitungen, bei Mitgliederversammlungen oder beim bloßen Entrichten von Mitgliedsbeiträgen als Kommunist erkennen geben zu müssen und damit den Verlust des Arbeitsplatzes zu riskieren. Die ablehnende Haltung der einfachen Mitglieder äußerte sich auf vielfältige Weise: Sie reichte von dem Versuch, „sich in den Betrieben unsichtbar zu machen“ (S. 261) bis hin zu offenem Widerstand und Parteiaustritten. Überdies standen einem funktionierenden Betriebszellenaufbau in einzelnen Branchen auch die spezifischen Arbeitsstrukturen, wie z. B. das Dreischichtensystem im Steinkohlenbergbau, im Wege. Somit wurde, wie der Autor betont, „die Reorganisation der Partei (...) vom einmaligen Akt zum Dauerzustand, und die Bolschewisierung der KPD damit zum unvollendeten Dauerprojekt“ (S. 267).

In diesem Kontext kommt auch deutlich zum Ausdruck, dass die Parteiführung der KPD offenbar mit dem Problem der organisatorischen Zusammenfassung der erwerbslos gewordenen, nicht mehr betriebstätigen Genossen überfordert war. So bestanden die 1925/26 eingerichteten Straßenzellen in der Regel aus einer amorphen Personengruppe nicht betriebstätiger Mitglieder, die wenig verband und die aus „politisch-strategischer Perspektive eine vollkommen überflüssige Institution ohne eigene positive Zielsetzung“ (S. 277) darstellten.

Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise stieg die Zahl der Betriebs- und Straßenzellen, insbesondere zwischen 1930 und 1931, sprunghaft an. Während der Anstieg bei den Straßenzellen zweifellos auf das „neue“ Heer an Erwerbslosen zurückzuführen ist, die es zu organisieren galt, wird die Zunahme bei den Betriebszellen von Eumann leider nicht erklärt. Dies wäre gerade vor dem Hintergrund einer regelrechten „Massenflucht“ von KPD-Mitgliedern aus den Betriebszellen seit Beginn der Krise hilfreich und notwendig gewesen.

Insgesamt hat Ulrich Eumann eine überzeugende, in hohem Maße quellengesättigte Sozialgeschichte der Weimarer KPD vorgelegt, die die Alltagsprobleme einer programmatisch revolutionären, hinsichtlich ihrer Organisationsstrukturen dennoch „normalen“ Partei erkennbar werden lässt. Dass die Lesbarkeit der Darstellung zuweilen etwas unter der Dominanz des eingebrachten statischen Materials leidet, ist zweifellos dem Thema geschuldet und soll deshalb nicht als Kritikpunkt verstanden werden. Schließlich gehören gerade auch die z.T. erstmals systematisch ausgewerteten Quellen zu den Vorzügen der Untersuchung, die der künftigen Kommunismusforschung in Deutschland weitere Anregungen bieten dürfte.

Thomas Urban

### Laboratorium der „Volksgemeinschaft“

*Kathrin Kollmeier: Ordnung und Ausgrenzung. Die Disziplinarpolitik der Hitler-Jugend. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2007 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 180), 384 S., 44,90 €.*

Als Massenorganisation repräsentierte die Hitler-Jugend einerseits die nationalsozialistische Gegenwartsgesellschaft. Als umfassende Jugendorganisation fungierte sie andererseits als ein Zukunftslaboratorium für eine kommende Gesellschaft der bereits im Nationalsozialismus Sozialisierten, indem sie deren vermeintlich künftige Führer rekrutierte und vorbereitete, die „Gemeinschaftsfähigen“ erfasste und disziplinierte sowie die „Nicht-Gemeinschaftsfähigen“ identifizierte und ausgrenzte. In Kathrin Kollmeiers Dissertation zur Geschichte der Hitler-Jugend zwischen 1933 und 1945 geht es also um die Gegenwart und Zukunft der NS-Gesellschaft, um deren Praxis und Konzept, die mit Hilfe des diskursanalytischen Ansatzes erfasst werden sollen. Zentraler analytischer Bezugspunkt der Untersuchung ist der Begriff der „Ordnung“, die praktisch wie konzeptuell durch Prozesse der Ein- und Ausgrenzung hergestellt wurde. Das konkrete Interesse der Arbeit gilt allerdings fast ausschließlich den Mechanismen und Prozessen der Ausgrenzung, mithin dem Disziplinarsystem und der Disziplinarpolitik der Hitler-Jugend als Herrschaftstechniken und Bestandteil der nationalsozialistischen Rassenpolitik, „die das Verhältnis von ‚innen‘ und ‚außen‘ der Gesellschaft bestimmt“ (S. 16). Der kombinierte Zugriff auf Konzept und Praxis der Disziplinarpolitik erfolgt über verschiedene Quellenarten. Rechtshistorische Quellen wurden ebenso herangezogen wie das äußerst breite Verordnungs- und Organisationsschrifttum. Als zentrale Massendatenquelle zur Disziplinarpraxis wertet Kollmeier die so genannte Warnkartei der Reichsjugendführung aus und greift darüber hinaus als regionale Bestände Unterlagen des HJ-Streifendienstes im ländlichen Süddeutschland sowie für Studien zur Jugendkriminalität schon verschiedentlich herangezogene Gestapo-Ermittlungsakten aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf zurück.

Ein erster einführender Teil der Untersuchung führt in die Ordnung der „Volksgemeinschaft“ und die Bedeutung der Hitler-Jugend als deren „Jugendordnung“ ein. Als zentrale außerschulische Sozialisationsinstanz von Kindern und Jugendlichen bildete die Hitler-Jugend die für die langfristige Realisierung der nationalsozialistischen Gesellschaftsutopie grundlegende Organisation. Die Genese der mit ihr verbundenen sozialen und rechtlichen